

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF

Nichts ist wichtiger Frieden für Afghanistan

Die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan wurde vom Deutschen Bundestag in zwei Abstimmungen am 16. November und 22. Dezember 2001 auf Antrag der von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) geführten rot-grünen Bundesregierung beschlossen. SPD-Verteidigungsminister Peter Struck am 4. Dezember 2002: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Wenn wir, die DKP, unsere Arbeit in diesen Jahren beleuchten, dann sehen wir: Wir haben nicht geschwiegen - als andere Parteien schwiegen. Wir argumentierten vom ersten Tag der afghanischen Tragödie gegen diesen Wahnsinn. Wir organisierten Veranstaltungen und Vorträge und wir beschrieben das Thema ständig in unserer Zeitung „blickpunkt“. Man

kann es nachlesen, und Fotos aus diesen Tagen belegen es.

„Nichts ist gut in Afghanistan.“ Mit diesem Satz wirbelte die damalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 viel Staub auf. Viele Menschen begannen kritischer über den Kriegseinsatz zu sprechen.

Nun sind die Truppen abgezogen. Zurück bleibt: Dieser Krieg hat hunderttausende Tote gefordert. Zivilisten, Frauen und Kinder, die eigentlich geschützt werden sollten und tausende Soldaten aus vielen Nationen. Millionen sind auf der Flucht. Der Krieg hat Milliarden gekostet. Nun müsste eigentlich das Nachdenken einsetzen. Man merkt wenig davon. Es gibt schon neue Pläne und neue Ziele. Wichtiger wird der entschiedene Kampf für Frieden und Abrüstung.

DEUTSCHE BÜROKRATIE

Willkommen in Deutschland?

Ein guter Nachbar, Handwerker von Beruf, hat das Pech, aus Afghanistan zu stammen. Das macht ihm das Leben nicht leichter. Wir wollen ihn Ayob nennen; seinen richtigen Namen möchte er (noch) nicht in die Öffentlichkeit tragen, um niemand anderen zu gefährden. Seine Frau war in Afghanistan. Sie wohnte in Kundus. Als die Stadt von den Taliban erobert wurde, musste sie nach Kabul flüchten.

Ayobs Bemühungen, sie nach Mörfelden zu holen, wurden fast ein Jahr lang von den deutschen Behörden verschleppt. Immer wieder noch ein Papier, noch eine Bescheinigung, noch eine Kopie, noch ein Stempel, noch ein Nachweis, noch eine Bestätigung, noch eine Beglaubigung - und immer wieder Gebühren- und Kostenrechnungen. Und das alles trotz der Tatsache, dass Ayob schon seit längerem die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Dazu kommt: Schon seit Monaten ist die deutsche Botschaft in Kabul teilweise geschlossen. Die Visa-Abteilung hat sich nach New Delhi, (Indien) verzogen, was die Sache noch komplizierter macht. Überdies wurde das Stempeln der Visa einem in New Delhi ansässigen Privatunternehmen übertragen, das (natürlich) nicht in der Botschaft sitzt, sondern ein paar Viertel weiter.

Man geht bei den Behörden offenbar davon aus, dass es sich jedermann locker leisten kann, Flüge von Frankfurt nach New Delhi, von Kundus nach Kabul, von Kabul nach New Delhi, und von New Delhi nach Frankfurt zu bezahlen, plus Hotel-

Fortsetzung Seite 2



Rüsselsheim im September 2009 - „Verteidigungsminister“ Franz Josef Jung (CDU) spricht in Rüsselsheim und verteidigt den Einsatz in Afghanistan. Bei der Protest-Kundgebung auch Mitglieder DKP aus dem Kreis-Groß-Gerau.

Fortsetzung von Seite 1

zimmer für die mehrtägige Wartezeit vor Ort - und dazu noch den nötigen Urlaub zu bekommen. Glücklicherweise hat unser Handwerker einen verständnisvollen Meister als Arbeitgeber. Vor wenigen Tagen hatte es Ayob endlich geschafft, alle Papiere zusammenzubekommen, alles zu bezahlen und könnte jetzt gemeinsam mit seiner Frau ihr Visum in New Delhi abholen. Aber jetzt sitzen die beiden in Kabul fest und erleben live den glorreichen Zusammenbruch. Dass die Taliban das Land in einem flinken Durchmarsch erobern würden und die halbe Armee und die halbe Zivilverwaltung zu ihnen überlaufen würde, wusste in Afghanistan jeder. Das piffen die Spatzen von den Dächern. Das deutsche Außenministerium und das Verteidigungsministerium wussten es aber nicht. Das konnten sie sich nicht vorstellen, wo man doch so fleißig Brunnen gebohrt und Mädchenpensionate gebaut hatte. Die Geheimdienste hatte diese Erkenntnis wohl auch geheim gehalten, vor allem vor den Ministern und Ministerinnen. Jetzt schieben sich alle gegenseitig die Schuld zu. Es will mal wieder keiner gewesen sein. Und Ayob und seine Frau sind in Kabul ein-

geschlossen. Über Twitter bekommen sie tröstende Worte von Frau Kramp-Karrenbauer geschickt: „Ich möchte alle in Deutschland bitten, dass sie in Gedanken bei unseren Soldaten und Soldatinnen, aber auch bei den Menschen vor Ort sind.“ Früher hieß es, „Frauen und Kinder zuerst!“ – heute haben Soldaten Vorrang. Ayob und seine Frau hätten diese Reise liebend gerne schon Monate früher angetreten. Dass sie gerade jetzt in Kabul bei den flüchtenden Soldaten festsitzen, ist die Schuld der deutschen Behörden, die diese langersehnte Reise durch ihre bürokratischen „Menkenkelchen“ um Monate verzögert haben. Die beiden brauchen jetzt dringende Unterstützung. Die blumigen Hilfsversprechungen auf den Internetseiten des Außenministeriums bringen nicht viel. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, ihre Staatsbürger und deren Ehefrauen aus dem Schlamassel herauszuholen, den sie durch politische Kurzsichtigkeit und bürokratische Langsamkeit zu einem großen Teil selbst zu verantworten hat. Sie muss dieser Pflicht nachkommen.

Das ist geschrieben am 17. 8. 2021. Die Geschichte geht weiter und ist noch nicht zu Ende. Gesamter Beitrag auf: www.dkp-mw.de.



Sommer 2009. Bürgerfest in Mörfelden-Walldorf. Der CDU-Wahlkreiskandidat „Verteidigungsminister“ Franz Josef Jung - lief mit ungezählten Sicherheitsleuten über den Festplatz in Walldorf. In der Presse: „Die DKP zeigte ihre Meinung und erhielt viel Zustimmung für die Plakataktion.“

Auch hiesige Sozialdemokraten freuten sich darüber. Nicht nur deshalb der Nachsatz: Bei Struck hätten wir auch demonstriert.



Theodor Fontane schrieb 1858

Das Trauerspiel von Afghanistan

Hier heißt es:

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt, Ein Reiter vor Dschellalabad hält, ... Ein britischer Reitersmann „Bringe Botschaft aus Afghanistan.“ ... Er atmet hoch auf und dankt und spricht: „Wir waren dreizehntausend Mann, Von Kabul unser Zug begann, Soldaten, Führer, Weib und Kind,

Erstarrt, erschlagen, verraten sind. Zersprengt ist unser ganzes Heer, Was lebt, irrt draußen in Nacht umher, Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt, Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“ Sir Robert stieg auf den Festungswall, Offiziere, Soldaten folgten ihm all, Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht, Die uns suchen, sie können uns finden nicht. Sie irren wie Blinde und sind uns sonah, So lasst sie hören, dass wir da, Stimmt an ein Lied von Heimat

und Haus, Trompeter blast in die Nacht hinaus!“ ...

Sie bliesen die Nacht und über den Tag, Laut, wie nur die Liebe rufen mag, Sie bliesen – es kam die zweite Nacht, Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht. „Die hören sollen, sie hören nicht mehr, Vernichtet ist das ganze Heer“, Mit dreizehntausend der Zug begann, Einer kam heim aus Afghanistan.

[www.Das_Trauerspiel_von_Afghanistan_\(Fontane\)](http://www.Das_Trauerspiel_von_Afghanistan_(Fontane))

ZEIT ZUM NACHDENKEN

In Afghanistan ist weit mehr für den „Westen“ verlorengegangen als der 40-jährige Krieg um das Land. Das Chaos beim fluchtartigen Abzug der Truppen, bei der Evakuierung der Botschaften und der Mitnahme der Mitarbeiter ist nur das äußere Anzeichen eines tiefen Verfalls.

Der Sieg der Taliban in nur elf Tagen macht deutlich: Die Afghanen, die Menschen der gesamten Region, haben vom Krieg, vom hochgepriesenen „Wertewesten“ mit seinen Drohnenangriffen, den Bombenkampagnen „die Schnauze voll“. Die US-Aktion „Nation Building am Hindukusch“ ist gescheitert.

Hätte man Afghanistans Weg in die Moderne unterstützen wollen, hätte man 1979 nicht das islamistische Mittelalter, sondern die Saur-Revolution

unterstützen müssen. In dieser kurzen Phase gab es tatsächlich so etwas wie einen Lichtblick: Die Hoffnung, die postfeudalen Machtstrukturen hinter sich zu lassen und in ein neues demokratisches, modernes Gesellschaftssystem mit Gleichberechtigung der Geschlechter, mit einer wirklichen Landreform und der Vergesellschaftung der Infrastruktur und Basisökonomien aufbrechen zu können. Diese Chance ist in den 1980er Jahren durch die CIA-Operation „Cyclone“ zerstört worden – in Zusammenarbeit mit Pakistan, Saudi-Arabien und anderen. Zwischen US-Terrorbekämpfung und US-Terrorförderung besteht ein zynisches Doppelspiel. Man wird es bald erneut erleben.

Die imperiale Kriegsmaschine hat ein Leichen- und Trümmerfeld hinterlassen. Was Afghanistan, was die gesamte vom „War on Terror“ gebeutelte Region braucht, ist ein konstruktives Aufbauprogramm.

Aber ab und zu sollte man sich dazu

genau informieren und nachdenken. In der 1978 ausgerufenen Demokratischen Republik Afghanistan wurde die Stellung der Frau in der Gesellschaft von Anfang an verbessert – und auffallend viele Frauen stellten sich in den Dienst der neuen Ordnung und waren bereit, ihre neuen Rechte zu verteidigen.

Darauf reagierten die USA mit Waffenlieferungen an und einer großzügigen finanziellen Unterstützung für reaktionäre afghanische Feudalherren und selbstgezüchtete islamische Gotteskrieger und lieferten die FIM-92 Stinger-Raketen.

Der „Nationale Sicherheitsberater“ des damaligen, von den „Demokraten“ gestellten US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, sagte 2001: Die Toten von „Nine eleven“ – seien „kein zu hoher Preis“ dafür gewesen, die Sowjetunion in eine tödliche Falle gelockt zu haben. Deutlicher geht's nicht.

FÜR EINE FRIEDLICHE UND SICHERE ZUKUNFT ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG WÄHLEN

Aus dem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag 2021

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag ein besonderer Tag der Mahnung:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Er ist für uns ein Tag des Erinnerns daran, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Für uns steht fest: Wenn wir künftig friedlich und sicher zusammenleben wollen, brauchen wir eine Politik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt, statt auf Aufrüstung und Abschreckung. Und wir brauchen eine Bundesregierung, die sich dafür mit aller Entschlossenheit einsetzt. Die Weichen dafür werden bei der Bundestagswahl gestellt!

Die Bilanz der aktuellen Bundesregierung ist ernüchternd. Deutschland steht auf dem siebten Platz der Länder mit den größten Rüstungsausgaben. Unter den Top-Ten-Staaten weist der deutsche Verteidigungshaushalt mit einem Plus von über fünf Prozent die größten Zuwachsraten auf. Für das laufende Jahr liegt er bei knapp 47 Milliarden Euro. Und wenn es nach der scheidenden Bundeskanzlerin ginge, sollte Deutschland bis 2030 die NATO-Zielvorgabe erfüllen und zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben. Dies entspräche einer weiteren Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Mrd. Euro.

Wider aller Vernunft stellt sich die deutsche Politik so in den Dienst einer verhängnisvollen Logik von Aufrüstung und Abschreckung – eine Logik, die inzwischen wieder das Weltgeschehen prägt. Das internationale Wettrüsten hat unfassbare

Ausmaße erreicht. Weltweit wurden im letzten Jahr 1.644 Milliarden Euro ausgegeben. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer nuklearen Waffenarsenale. Gleichzeitig ist der kürzlich verlängerte russisch-amerikanische „New-Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen. Auch deshalb fordern wir von der nächsten Bundesregierung, dass sie die deutsche Verweigerungshaltung aufgibt und endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atom-Waffen unterzeichnet.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Wir benötigen die Rüstungs-Milliarden dringend für andere Zwecke. ...

Wir erwarten von allen an der Regierung beteiligten Parteien, dass sie klar Position beziehen – für Abrüstung und Entspannung.

Frieden und Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Doch wohin treibt Deutschland?

Als vor jetzt 30 Jahren die Länder des Sozialismus den Kalten Krieg verloren hatten, keimte in weiten Teilen der Bevölkerung die Hoffnung auf, der Weltfriede könnte auf lange Zeit gesichert sein. Immerhin war ja die sogenannte Blockkonfrontation, die doch als Hauptursache der Spannungen in der Welt gesehen wurde, beendet und damit auch das entscheidende Hindernis für eine friedliche Zukunft beseitigt. So schien es.

Doch es kam anders. Die Falken in Washington und (damals noch) Bonn stellten die Weichen bewusst in eine andere Richtung. Die Chancen auf eine friedliche Entwicklung wurden einfach wegdiskutiert. So resümierte der Frankfurter Soziologe K. O. Hondrich in seinem Buch „Lehrmeister Krieg“ (es ging um den ersten Golfkrieg), *„Das Lernergebnis dieses Krieges...besteht...darin, den bislang absolut gesetzten Wert des Friedens im Lichte einer neuen Erfahrung, also einer veränderten Sicht der Wirklichkeit, zu relativieren und zu differenzieren.“* Und weiter: *„In einer sich verändernden Welt führt das Festhalten an unveränderten Handlungsorientierungen oder Werten (gemeint z. B. Frieden) früher oder später zu unlösbaren Problemen, in Sackgassen. Es empfiehlt sich deshalb, auf Vorstellungen, auch wenn man mit ihnen lange und gut gelebt hat, nicht ein für allemal zu beharren...“* (Zit. nach FR, 14.1.92).

Noch deutlicher wird man von ganz Rechts. Ein Bundeswehrgeneral a. D. (C.-H. Lichel) beklagt in der „Europäischen Sicherheit“ (2/92) die Traditionsbestandteile der Truppe,

die auf Frieden ausgerichtet seien und schlussfolgert, *„dass eine Armee, die ausschließlich den ‚Frieden als Ernstfall‘ begreift, sich als unfähig erweisen könnte, einen Ernstfall zu bestehen, der ‚Krieg‘ heißt.“*

Es wurde radikal umgewertet. Frieden war plötzlich kein wichtiger *Westlicher Wert* mehr.

In der offiziellen Regierungspolitik äußerte sich das z. B. in einem Grundlagenpapier zur „Neugestaltung der Bundeswehr“ vom Januar 1992, in dem die neuen Aufgaben der Bundeswehr folgen-dermaßen umrissen wurden: *„Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten“* (z. B. die Verteidigung Deutschlands

am Hindukusch), *die „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität“, die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“* ... (FR, 5.2.1992). In dankenswerter Offenheit wurde hier auf das Freiheits- und Menschenrechtsgeschwurbel verzichtet, mit dem man in der Regel die gleichen Ziele an die Bevölkerung verkauft. Es geht halt um die politische und militärische Einmischung überall auf der Welt.

Und es geschah dann in der Praxis, was noch bis Ende der 1980er Jahre undenkbar war: Deutschland wurde weltweit auch militärisch aktiv.

Aktuell führen sie militärische Manöver an den Grenzen Russlands durch und schicken die deutsche Fregatte „Bayern“ ins südchinesische Meer. Bitte erzählt uns, wie dieses Kriegsschiff irgendwas für die Menschenrechte tun kann.

Es wird die Chinesen eher an Erfahrungen mit Deutschland erinnern, die sie vor mehr als 100 Jahren gemacht haben. 1897 nahm das Kaiserreich ein weltgeschichtlich wenig bedeutendes Ereignis... zum Anlass, mit drei Kriegsschiffen in die Bucht von Kiautschou einzufahren, 720 Marinesoldaten als Landungstruppe abzusetzen und nach dem militärischen Erfolg der Aktion China einen Knebelvertrag aufzudrängen, nämlich Deutschland ein Gebiet von 515 qkm rund um die Bucht von Kiautschou auf 99 Jahre zu „verpachten“.

Im Jahr 1900 kam es dann in China zu einem antiimperialistischen Aufstand, im Westen „Boxeraufstand“ genannt.

Was macht die Bayern in China?



In Deutschland hatte Kaiser Wilhelm II. die Truppe mit markigen Worten verabschiedet: *„Kommt ihr vor den Feind, so wird er geschlagen. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht... So möge der Name Deutschlands in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinesee es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen!“*.

Wir müssen unsere Schlüsse ziehen. Und die können nur heißen:

Nein zu allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Kurzfassung eines Beitrags von A. Seiderer den Gesamttext findet man auf: www.dkp-mw.de

Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.

DANKE!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

INFOS



[dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)



[youtube.com/sdajtv](https://www.youtube.com/sdajtv)



[Instagram.com/dkpmoewa](https://www.instagram.com/dkpmoewa)



[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)

